

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

266 (15.11.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Postbezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelgep. 25 S. Ausgabe: Per Postmittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.— M. Die Restzeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Reichsanwalt und Minister Simons im Rheinland

Bedeutende Ansprachen der beiden Staatsmänner

W.D. Düsseldorf, 14. Nov. Im hiesigen Apollotheater sprach heute vormittag vor Tausenden von Bürgern Düsseldorf der Reichsanwalt Dr. Simons und Reichsminister des Innern Dr. Brüning. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Köhler erging Reichsanwalt Dr. Simons das Wort. Der Zweck der Reise sei in erster Linie seitens der Reichsregierung mit dem Rheinland und seiner Bevölkerung Fühlung zu nehmen und aus der Ansprache mit den rheinischen Vertretern Mut für die weitere Betätigung in der Reichsregierung zu gewinnen. Der Reichsanwalt betonte jedoch das volle Verständnis für die Bestrebungen der Arbeiter auf ideellem und materiellem Gebiete. Die deutsche Arbeiterbewegung habe sich einen hervorragenden Platz im deutschen Wirtschaftsleben gesichert. Es gelte diesen in enger Arbeit auszubauen. Nebenbei auf die Sozialisierungsfrage betonte der Reichsanwalt, dass die gerade jetzt zusammengetretene Kommission diese Frage einer eingehenden Lösung entgegenzuführen würde. Der Reichsanwalt erklärte, dass die Fortentwicklung der Industrie auf der Grundlage der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung im Vordergrund der Betrachtung stehen müsse. Unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung müsse die Reichsregierung auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sorgen. Die Reichsregierung werde alles in ihrer Macht stehende tun, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Reichsregierung werde alles in ihrer Macht stehende tun, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Abg. Sue gegen die Stimmvorschläge

Wie die N. aus Köln meldet, hat der Abgeordnete Genosse Sue öffentlich dagegen protestiert, daß das Mitglied des Bergarbeiterverbandes Wagner die Stimmvorschläge Sozialisierungsfrage unterzeichnet habe. Sue nennt diesen Vorgang einen Skandal. Seine Erklärung bezeichnet in erster Linie die von Stimmvorschlägen vorgeschlagene Gewinnbeteiligung der Arbeiter als eine Fälschung des Sozialisierungsgedankens. Genosse Sue erklärte, jede Verantwortung für die Unterschrift abzulehnen zu müssen; diese habe Wagner vielmehr in vollem Umfange selbst zu tragen.

Botschafterkonferenz und Dieselmotoren

Berlin, 14. Nov. In der Frage der Dieselmotoren ist der deutsche Friedensdelegation in Paris die Antwort der Botschafterkonferenz übermittelt worden, in der es heißt: Nach gründlicher Prüfung ist die Botschafterkonferenz zu folgender Entscheidung gekommen:

Die von der Internationalen Kontrollkommission angeordneten Ermittlungen haben ergeben, daß abgesehen von einem Vorrat von ungefähr 296 Dieselmotoren die Zahl der industriell verwendeten Motoren unbedeutend ist. Diese Zahl bestärkt die Botschafterkonferenz in der Ansicht, daß die Dieselmotore bei Verwendung in der Industrie nicht wirtschaftlich arbeiten. Dies rechtfertigt die Auffassung, daß Deutschland in Wirklichkeit nicht beabsichtigt, die Motore zur industriellen Verwendung in Anspruch zu nehmen. Da aber die deutsche Regierung versichert, daß es möglich sei, die Dieselmotore wirtschaftlich auszunutzen, so will die Botschafterkonferenz, die keineswegs den Wunsch hat, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beeinträchtigen, diese Versicherung gelten lassen. Sie ist daher bereit, die Motore bis auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu lassen, vorausgesetzt, daß sie nur zu Handelsgewerkschaftlichen Zwecken verwendet werden. Die Botschafterkonferenz ist der Auffassung, daß die deutsche Regierung bis zum 31. März 1921 ein Verzeichnis aller Motoren, die industriell verwendet oder anderweitig nicht eingesetzt wurden, der Kontrollkommission übermitteln und ihr die Kontrolle über die wirtschaftliche Verwendung dieser Motore in jeder Weise erleichtern. Die Botschafterkonferenz behält sich vor, bezüglich der bis zum 31. März 1921 nicht industriell verwendeten Dieselmotore zu entscheiden, daß sie unter Artikel 92 des Friedensvertrages fallen.

Die „Times“ über die Zustände in Deutschland

Die „Times“ vom 12. Nov. Der Berliner Vertreter des „Times“ erklärt im Verlauf eines zwei Stunden langen Artikels über die heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland die besten und verantwortungsvollsten Kreise der deutschen Finanzwelt seien nicht länger bereit, daß der Betrag der deutschen Entschädigung heute fixiert werde; das könnte zum Zusammenbruch führen. Der Times-Vertreter rät den Alliierten dringend an, daß sie, wenn sie heute sofortige Zahlung der deutschen Entschädigung verlangen könnten, in ihrem eigenen Interesse darauf bestehen sollten, daß Deutschland keine weiteren Papiergeldscheine druckt und daß es der äusseren und öffentlichen Ertragslage ein Ende machen müsse.

Ein Vertreter der „B. Z. am Mittag“ befragte mehrere führende Mitglieder der deutschen Finanzwelt wegen der Meinung der „Times“. Einer der befragten Herren, der Geschäftsführer der Distinkto-Gesellschaft Ludwig erklärte, er könne nur sagen, daß die Grundidee eine feste Schuldsumme lennen müßten. Prüffel und Genf hätten überhaupt nur einen Zweck, wenn uns gewisse Zugeständnisse durch Schaffung der Zahlungsmöglichkeit gewährt würden, wie die Sicherung der öffentlichen Finanzen, die Ermöglichung der Befreiung von Steuern, Gewährung von Schiffsraum usw. Seitens der deutschen Bank würde erklärt, daß überall in der deutschen Finanzwelt die Hebung herrsche, daß die Schuldsumme unbedingt endgültig festgesetzt werden müsse. Auch maßgebende ausländische Finanzstellen erklären, daß sie mit aller Energie auf die Festsetzung einer bestimmten Schuldsumme hinarbeiten.

Die Einigung Englands und Frankreichs

Paris, 14. Nov. (Agence Havas.) Die Note des französischen Ministerpräsidenten an den Vorkonferenz von Großbritanien vom 11. November bezeugt die Einigung zwischen Frankreich und England. Die Note hebt vier verschiedene Stufen der Durchsetzung der Wiedergutmachungsfrage wie folgt fest:

1. eine Konferenz in Brüssel, bei der die beiden Sachverständigen mit den deutschen Sachverständigen zusammenkommen;
2. eine Konferenz der beiden Sachverständigen in Genf nach der Volksabstimmung in Oberschlesien, spätestens aber in der ersten Hälfte des Februar 1921, um die Frage der Wiedergutmachung als Ganzes zu beraten. Die Deutschen werden an dieser Konferenz mit beratender Stimme teilnehmen wie in Spa. 3. Die Wiedergutmachungskommission wird den Mächten einen Bericht über die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands erlassen. 4. Der Oberste Rat wird zusammenkommen um alle noch nötig erscheinenden Maßnahmen, wie Sicherheiten und Strafmaßnahmen, zu prüfen.

Vom Völkerbund

Genf, 14. Nov. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Völkerbundes stehen drei Punkte: Berichtigung des Einberufungsprotokolls durch Komman; Ansprache von Bundespräsident Bolla und Wahl des Präsidenten. Aus Kreisen des Generalsekretariats des Völkerbundes wird erklärt, daß der Völkerbundrat keine Vorläufe einbringen wird. Man nimmt an, daß die ersten zehn Tage den Sitzungen gewidmet werden, die folgenden zehn Tage den Arbeiten der Kommissionen und die letzten zehn Tage den Sitzungen der Kommissionen und ihrer Diskussion in der Versammlung.

Der Völkerbundrat ist am Sonntag nachmittag im Völkerbundsekretariat zusammengetreten. Auf der Tagesordnung der Sitzung des Völkerbundrates stehen als die zwei Hauptgegenstände: Die Verfassung von Danzig und der litauisch-polnische Streit.

Das Aufnahmeverfahren Oesterreichs in den Völkerbund ist am Freitag morgen beim Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf eingeleitet. Im Gegensatz zu Oesterreich und Bulgarien hat Deutschland kein Eintrittsgeld gezahlt.

Wie ist die Ernährungslage? Ernst oder verzweifelt?

Der Ernährungsminister Hermes hat bei der Beratung seine Hausmacht im Hauptausschuß des Reichstages behauptet, die Ernährungslage sei ernst, aber nicht verzweifelt. Das ist nicht wahr; die Ernährungslage bleibt selbst dann verzweifelt, wenn noch in letzter Stunde eine Umkehr versucht wird; geschieht das nicht, so tritt die Ernährungsnotkatastrophe im Frühjahr des kommenden Jahres, wahrscheinlich schon im März, ein.

Im Mittelpunkt der Ernährungsfrage steht das Getreide. In der glorreichen Hermes-Periode ist das erste Getreide auf ein Drittel dessen zurückgegangen, was vor zwei Jahren erfaßt wurde. Natürlich ist es leicht, dafür die einzelstaatlichen Verwaltungen verantwortlich zu machen. Aber die Wahrheit ist, daß die beste Verwaltung kein Getreide mehr in ausreichendem Maße erfassen kann, wenn die Fleischbewirtschaftung aufgehoben ist. Der Vorrat der Reichs-Getreidekasse beträgt 363 000 Tonnen. Das reicht für einen, bestenfalls für anderthalb Monate. Wie Herr Hermes zu der Versicherung kommt, daß die reine Vorratserhaltung bis Mitte März genügt, daß täglich 2000 Tonnen Zulandsgetreide und 10 000 Tonnen Auslandsgetreide eingehend werden. Wenn das geschähe, dann wäre die Versorgung bis zum 15. März durchzuführen und die Katastrophe wäre erst am 16. März ein. Aber ob die Einkünfte diese Höhe erreichen, ist überaus zweifelhaft. Die Ablieferung von Zulandsgetreide ist bisher von Woche zu Woche zurückgegangen. Im Ausland haben wir freilich fleißig Getreide gekauft. Aber gegenwärtig steht der Dollar auf über 80 M., und es sind noch 1,6 Millionen Tonnen Getreide nach dem Programm des Dr. Hermes zu kaufen. (Es ist übrigens charakteristisch für die Zahlenangaben des Ernährungsministers, daß er den Reichstagsabgeordneten die ganz gleichgültige Zahl nennt, wie viel gekauft sei und wie viel nicht; es kommt natürlich nur darauf an, wie viel bezahlt ist.) Allein die Getreideeinfuhr wird zwischen 15 und 20 Milliarden Mark erfordern. Natürlich zu dem heutigen Kurs; denn wenn etwa der Kurs des Dollars auf über 100 steigt, was Sachkennner für durchaus möglich halten, dann kostet das einzuführende Getreide noch einige Milliarden mehr. Woher Deutschland das bezahlen soll, weiß natürlich kein Mensch. Es drückt vergnügt weiter Papier, die unerlösbare Papierflut drückt die Baluta und treibt den Preis aller Waren, und wir werden den ganzen Winter über trotz der Krise die beständigsten Lohnkämpfe haben, zu denen die Not die Arbeiter mit Willen oder wider Willen zwingt. Schließlich werden die Lohnrückführungen unvermeidlich sein, die Preise steigen dann weiter, und die Schranke dreht sich ohne Ende. Nach Hermes die Einfuhr! Inzwischen haben wir im Inlande etwa 50 bis 60 Millionen wie wir ausländisches Getreide (mit 10 Milliarden Reichszahlung) kaufen müssen. Aber der Hafer wird verfrachtet — System Hermes — und die Bankrottwirtschaft geht weiter. Streitfrage: Tritt der Zusammenbruch vor oder nach dem 15. März ein? Darüber lassen sich die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten von Herrn Hermes unterhalten. Die Ernährungslage ist nicht ernst, sondern verzweifelt, aber der Ernährungsminister und seine Trabanten sind gewiß nicht ernst zu nehmen.

Selbst der deutschnationale Abg. Dr. Ködige, der als einziges Heilmittel gegen die Not (nach den Berichten) Aufhebung der Zwangswirtschaft und vermehrte Zuckerausfuhr empfahl, forderte wenigstens ein Getreidemonopol für die Getreideeinfuhr. Gegenwärtig besteht ein Einfuhrmonopol für Getreide, aber nicht ein solches des Reiches. Der Reichsgetreidekasse ist vielmehr der Einkauf von Auslandsgetreide streng verboten. Das Einfuhrmonopol hat eine Vereinigung deutscher Getreidehändler, und es gehört wenig Fantasie dazu, um sich vorzustellen, daß Hermes der Gott des freien Getreidehandels geworden ist. Das deutsche Volk bezahlt die Zehne.

Genau so wie beim Getreide liegt es nun bei den Delen und Fetten, beim Fleisch, bei allem anderen. Die Aufhebung der Rationierung ist nur zum Schein erfolgt. Die Einfuhr von ausländischen Delen und Fetten muß kontingiert bleiben, weil sonst der Kurs der deutschen Mark sofort ins Bodenlose stürzt. Die Aufhebung der Kontingierung bedeutet also lediglich, daß die Delen und Fette unbegrenzt kaufen können; die Gesamtmenge der eingeführten Delen ist deshalb nicht größer als früher. Der einzige Unterschied ist, daß, während man früher gleichmäßig in günstigen und ungünstigen Zeiten einkaufte, damit die Versorgung und die Arbeitslosigkeit immer gesichert blieben, unter Hermes die günstige Einkaufszeit verpasst worden ist und jetzt um Milliarden teurer gekauft wird. Da man überdies die rechtzeitige Versorgung unterlassen hat, muß man jetzt auch fertige Auslandsmargarine hereinlassen. Auf diese Weise wird durch die geschickte Ernährungspolitik auch die Arbeitslosigkeit wirksam gefördert.

Dr. Simons das Wort und wies ebenfalls auf die Härten des Friedensvertrages und seine Folgen hin. Selbst die Hoffnung, daß uns die zugesicherte Vorkonferenz von 5 M für die Tonne und der Vorkauf in Höhe der Differenz zwischen Zulands- und Weltmarktpreis für die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung und insbesondere der Bergarbeiter zur Verfügung stehen sollte, ist zu nichts geworden. Der Innenminister wies darauf hin, daß auf Deutschland ein doppelter Druck laufe, ein wirtschaftlicher und ein politischer, der einmal in der Unmöglichkeit bestünde, die vielen Kosten in dem Friedensvertrage zu erfüllen und ob diese erfüllbar seien, sodann in der dauernden Drohung des Einmarsches in die bisher unbefestigten Gebiete. Der Reichsminister kam auf die bevorstehenden Verhandlungen von Brüssel und Genf zu sprechen. Frankreich wolle gegen die Genfer Konferenz und wolle die ganze Wiedergutmachungsfrage ohne gegenseitige Verhandlungen der Sachverständigen durch den Wiedergutmachungsausschuß entscheiden lassen. Deutscherseits sei in dieser Frage der Ratlosigkeit gemacht worden, zunächst einmal die einzelnen Wiedergutmachungsprobleme ganz objektiv durch die Sachverständigen der jeweiligen beteiligten Mächte besprechen zu lassen. Leider sei es nicht dazu gekommen. Jetzt scheint es aber dazu zu kommen, daß in Brüssel Verhandlungen zwischen den Sachverständigen aller beteiligten Länder stattfinden. Die Reichsregierung sei auf die Verhandlungen vorbereitet, welche die Voraussetzungen darlegen sollten, auf deren Basis überhaupt ein Vergleichungsangebot in der Wiedergutmachungsfrage abgeben werden könne. Die Voraussetzungen seien vor allem das Verbleiben der Obererschleien bei Deutschland und eine Verankerung der ungetroffenen Kreise für die Besagungen. Bezüglich der Drohungen mit dem Einmarsch betonte er, daß Deutschland eine solche Drohung als nicht verbindlich anerkenne, daß daher die deutsche Regierung berechtigt sei, einen weiteren Einmarsch in deutsche Gebiete als einen feindseligen Akt zu betrachten. Deutschland habe in der Entwurfsfrage ja viel geleistet, daß jede militärische Gewalt von seiner Seite ausgeschlossen sei. Es wird besonders Deutschlands Aufgabe sein, den Gedanken der Einigung und der gegenseitigen Zusammenarbeit der Stände im Innern und nach Außen hin hoch zu halten.

Neuregelung der Arbeitszeit

W.D. Berlin, 14. Nov. Zur Neuregelung der Arbeitszeit finden seit einigen Tagen im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite statt. Den Beratungen die heute beendet werden dürften, liegt ein Entwurf zugrunde, der vorläufig ein reiner Referentenentwurf ist, also einen Ausnahmeweg noch nicht beschritten hat. Der Entwurf hält grundsätzlich am Achtstundentag fest, ist aber befreit, durch Einführung von Ausnahmen die schärfsten Auswüchse zu beseitigen.

Bemerkenswert ist, daß bereits das Reichsgericht eine Entscheidung gefällt hat, wonach der Achtstundentag überschritten werden kann, wenn der Wunsch dazu von den Unternehmern ausgeht. Sicher werden in der Frage der Durchbrechung des Achtstundentages noch lebhaft Meinungsäußerungen entstehen, da die Gefahr einer allgemeinen Beilegung des Achtstundentages nicht gering ist.

Nachklänge zum Berliner Gemeindearbeiterstreik

W.D. Berlin, 14. Nov. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke Groß-Berlins hat gegenüber einem der Hauptführer des Streiks ein Verfahren eröffnet, um festzustellen, ob er Sabotage verübt oder daran mitgewirkt habe. Bis zur Feststellung der Tatsachen ist er vom Dienste suspendiert. Während der Suspension ist ihm unterstellt, die Elektrizitätswerke, Anlagen und die Verwaltungsverhältnisse zu betreten.

Zwei Mitglieder der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung unterbreiten dieser einen Antrag über das Vertragsverhältnis der städtischen Arbeiter, die in den Betrieben beschäftigt sind, aus denen die Bevölkerung mit Gas, Elektrizität und Wasser versorgt wird, wonach zu bestimmen ist, daß jeder Arbeiter der gegen die Anordnung vom 10. November verstößt, sofort zu entlassen ist und ohne Zustimmung der städtischen Gewerkschaften nicht wieder eingestellt werden darf.

Im Reichstag wurde von deutschnationaler Seite eine Interpellation eingebracht, dahingehend, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um künftig allen Streiks in den Großbetrieben zu begegnen.

Wohin wir blicken, sehen wir Verschlechterung, Not und Gefahr. Herr Hermes hatte versprochen, die Produktion zu fördern und durch vermehrtes Angebot die Preise zu senken. Die Preise steigen und werden schon binnen vier Wochen ganz erheblich über den heutigen Preisen stehen. Die Produktion ist zurückgegangen und selbst das Verprechen des Dr. Hermes an die Landwirte, im nächsten Jahre den dreifachen Getreidepreis zu bewilligen, wird sie schwerlich steigern, denn die Acker werden nicht fett von den hohen Preisen, sondern vom Dünger.

Die sozialistischen Redner Gen. Hoch und Dr. Herx (U.S.P.) haben die Ernährungspolitik der gegenwärtigen Regierung als grundfalsch gekennzeichnet. Die bürgerlichen Parteien scheinen mit mehr oder minder gutem Gewissen Dr. Hermes halten zu wollen. Uns läßt das sehr kalt, denn in einigen Wochen fällt er doch. Als Partei kann es uns nur nützen, wenn alle bürgerlichen Parteien sich am System Hermes mitschuldig machen. Als Deutsche aber müssen wir hoffen, daß die Einsicht noch rechtzeitig kommt, um eine Katastrophe abzuwenden, deren politische Wirkung heute noch kein Mensch abzusehen vermag.

Der Berliner Gemeindearbeiterstreik

Die S.P.D.-Funktionäre über den Streik. — Ein Streik für kommunistische Treibeieren und für die Einbrecher

Die unserer Partei angehörenden Berliner Betriebsräte und Funktionäre waren am Freitag nachmittag in der Bohrenerlei versammelt. Sie gogen die Lehre aus dem Streik der Elektrizitätsarbeiter.

Der Referent, Adolf Ritter, beleuchtete die Vorgeschichte und den Verlauf des Streiks vom Standpunkt der Stadtverwaltung und betonte, daß die Interessen der Allgemeinheit einschließlich der Arbeiterschaft durch diesen Streik auf das schwerste verletzt worden sind. Die Arbeiterorganisationen müßten Vorkehrungen gegen die Wiederehr eines solchen unverantwortlichen Vorgehens treffen.

Die Disziplinierungsredner waren einzig in der Beurteilung des unverantwortlichen Streiks und in der Forderung von Maßnahmen zur Verhinderung solcher Situationen in der Zukunft. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Der Verlauf des Elektrizitätsarbeiterstreiks hat immer klarer gezeigt, daß es seinen Führern nicht um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen, sondern um die Herbeiführung eines allgemeinen politischen Generalstreiks zur Durchsetzung kommunistischer Ziele zu tun war. Dies beweisen insbesondere auch die mehrfachen Versuche, durch fanatisierte Dutzende sogenannter Arbeitslosen arbeitende Betriebe gewaltsam anzuzulegen. Künstlich soll hierdurch die Not des Volkes ins Unträgliche gesteigert werden, um so den Boden für kommunistische Forderungen vorzubereiten. Innerlich frohlockend wartet die Reaktion nur auf diese Gelegenheit, um dann die Arbeiterschaft und ihre Organisationen niederzuschlagen.

Die Konferenz erwartet, daß die Gewerkschaften schleunigst Maßnahmen treffen werden, daß Streiks in Elektrizität, Gas- und Wasserwerken nur mit Zustimmung der Gesamtorganisation der Gewerkschaften durchgeführt werden können.

Gleichzeitig fordern wir die Gesamtarbeiterschaft auf, den Versuch, sie durch Terror zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen, überall entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Wirkungen des Streiks

Die Einbrecher nutzten die Finsternis mit einem Eifer aus, der schon nicht gut mehr übertrieben werden kann. Aus einem Geschäftshaus am Spittelmarkt holten sich die Verbrecher, die durch eine eingedrachte Scheibe eindringen, für eine halbe Million Seidenstoffe verschiedener Art heraus. In der Wilhelmstraße erbeutete eine Bande für 150 000 M. Damenkleidungsstücke, Illster usw., in der Neuen Schönhauser Straße für 50 000 M. und in der Al.-Noabit für 40 000 M. Schuhwaren. Nicht minder fleißig als die Geschäftseinbrecher „arbeiten“ die Wohnungseinbrecher. So erbeuteten sie in der Wendlerstraße 15 für 20 000 M., am Schleswinger Ufer 12 bei zwei Familien für über 150 000 M., am Kurfürstendamm 199 ebenfalls für 150 000 M., in der Friedrichstraße 20 für 80 000 M., in der Grünauer Straße 14 für 50 000 M., in der Kochstraße 8 und in der Daffauer Straße 18 für je 30 000 M. Sacken aller Art.

Zahllos sind die Einbrüche, bei denen die Beute nicht ganz so hoch ist, aber immer noch in die Tausende geht.

Deutschlands Verpflichtungen 2000 Milia: den

Der englische Geschäftsträger in Paris, Lord Derby, hatte dieser Tage Unterredungen mit dem Präsidenten und Ministerpräsidenten von Frankreich, um eine volle Verständigung in der Wiedergutmachungsfrage zu erzielen. Die englische Regierung soll eingewilligt haben, daß die Genfer Konferenz, die die Wiedergutmachung endgültig bestimmen soll, nicht über den 15. Februar hinausgeschoben werde. „Zeit Pariser“ glaubt, daß zwischen England und Frankreich eine Einigung erzielt worden sei.

Das Blatt ist weiter der Ansicht, daß die Interessen Frankreichs beimögligst gewahrt seien, da dem Wiedergutmachungsausschuß die Malle erhalten bliebe, die ihm der Friedensvertrag zuspreche, und andererseits, die Vertreter des Deutschen Reiches nur beratende Stimme haben sollten. Alles das sei zwar nicht zu beachten, aber es bliebe doch immer noch einige wesentliche Fragen zwischen den Verbündeten zu regeln, wie z. B. die Sicherungen und Strafmaßnahmen. Da die Mark zurzeit nur 20 Zentimes gelte, müsse man die Zahl, die für Goldmark gefunden werde, mit 6 multiplizieren, um die Summe in Papiermark zu finden, die Deutschland zahlen müsse. Wenn für Frankreich 220 Milliarden Goldmark in Frage kämen, so seien das 1320 Milliarden Papiermark, und da Frankreich nur 52 Prozent der Gesamtentschädigung erhalte, so werde sich die Gesamtsumme Deutschlands auf mehr als 2000 Milliarden Papiermark belaufen.

Wie die Franzosen sich die Eingliederung dieser schmachvollen Summe denken, verraten sie nicht. In England scheint die Bewegung, die auf eine Revision des Versailler Vertrages hinauszielt, im Wachsen begriffen zu sein. So wird aus London berichtet:

In Kingsway Hall in London fand für die Revidierung der Friedensverträge eine Demonstration statt. Unter den Sprechern befanden sich die Parlamentsmitglieder Major Barnes und Kommandor Newborough. General Gough hat erklärt, der Friedensvertrag sei sowohl vom moralischen als auch vom zweckmäßigkeitstandpunkt durch und durch schlecht und habe kein einziges gutes Ergebnis zutage gefördert, wie es alle, die im Kriege gehofft haben, erwarteten. Gough fährt fort: „Wir haben gehofft, Gerechtigkeit und Billigkeit zwischen den Nationen zu erreichen und das christlichehalten von Versprechen. Wir gebachten, einen guten und dauernden Frieden zu erreichen, der notwendigerweise auf den guten Willen gebaut werden mußte. Der Friedensvertrag hat nichts dergleichen geschaffen; wenn er nicht so abgeändert wird, daß irgend ein wirtschaftlicher Neuaufbau Europas stattfinden kann und irgend ein Gefühl der Wohlstandigkeit geschaffen wird, um zwischenbällische Zusammenarbeit zu ermutigen und zultande zu bringen, wird Europa vor Ablauf eines Jahrhunderts zugrunde gehen, und England wird dann in den Zusammenbruch hineingezogen werden.“

Süddeutsche Demokratentagung

Zu einer Besprechung demokratischer Politiker hatten sich am 12. November in Heidelberg zahlreiche Vertreter der süddeutschen demokratischen Landtagsfraktionen aus Baden, Bayern, Württemberg und Hessen, die Reichstagsabgeordneten, die demokratischen Mitglieder der Regierungen der Länder, darunter der württembergische Staatspräsident Dr. Heber und die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats eingefunden. Abg. Conzab Aumann aus Stuttgart wies in seiner Ansprache darauf hin, wie die Verhältnisse der Zeit die Abhaltung dieser Tagung rechtfertigen, die aus der Überzeugung heraus entstanden sei, daß ein zweckmäßiges Maß von Initiative im Interesse der Reichspolitik notwendig sei.

Das erste Referat der Tagesordnung erstattete der hiesige Kultusminister Hummel über Kanalisierung und Elektrizitätsfragen. Diese Fragen, so betonte der Redner, sind Lebensfragen für Süddeutschland. Baden, Württemberg, Baden und Hessen müssen ein einheitliches Wirtschaftsbild bilden und müssen die da und dort einander widerstrebenden Interessen ausgleichen. Damit verfolgen wir nicht nur paritätische Interessen, sondern es leitet uns die Sorge um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des ganzen Reiches. Die Rhein-Donau-Verbindung, die Oberelbs von Basel nach Mannheim sind die dringlichsten Aufgaben auf dem Gebiet der süddeutschen Wasserwirtschaft. Die süddeutschen Regierungen müssen den Versuch machen, einen gemeinsamen Weg zu finden, der diese Fragen einer gedeihlichen Lösung entgegenführt.

Die Aussprache war gründlich und ergiebig. Der Vorsitzende betonte die Notwendigkeit der süddeutschen Kanalprojekte unter den allerweitesten Gesichtspunkten zu betrachten.

Eine Politik der lokalen Interessen dürfe nicht getrieben werden. Die feste Betonung der Gemeinschaft der Interessen aller süddeutschen Staaten an den Fragen des Ausbaus der Wasserstraßen war das Ergebnis der Debatten, in der sich Politiker und wirtschaftliche Sachverständige aller vertretenen Länder beteiligten. Das Ergebnis der Aussprache wurde in folgenden einstimmig angenommenen Resolutionen niedergelegt:

„Die Süddeutschen demokratischen Abgeordneten des Reichstages und der Landtage und des Reichswirtschaftsrates erklären als dringendste Lebensfragen der süddeutschen Länder die Ausführung der Wasserstraßen und den Ausbau der Wasserkräfte und treten deshalb ein für den Bau des Rhein-Rain-Donau-Kanals, des Rhein-Neckar-Donaukanals und des Oberelbskanals, der Kanalisierung der oberen Donau von Regensburg bis Illm und des Donau-Rodensekanals. Sie betrachten diese Wasserstraßen als ein zusammenhängendes Netz, das sich eingliedern muß in die internationalen Wasserwege Europas, wie sie die Zukunft bringt. Sie verlangen deshalb, daß ihre Ausführung allen Anforderungen genügt, die man an die modernen Großschiffahrtswege stellt.“ — „In jedem Gliedstaat ist ein Ausschuss einzusetzen, bestehend aus landwirtschaftlich, kulturell, technisch und volkswirtschaftlich erfahrenen Sachverständigen, die prüfen, wie die Landwirtschaft von den von den Kanälen berührten Gebieten durch diese Kanalbauten beeinträchtigt wird.“

Badische Politik

Beratung der Gemeindeordnung in dem Ausschuss für Rechtsplege und Verwaltung

Nach einer Regelung der Gebührenfrage zu § 9 wurde in die zurüdgeleitete Beratung des § 24, die Abgehörtenfrage der Bürgermeister betraf, eingetreten. Hierzu wurde zu Abf. 1 der Zusatz angefügt: „nötigenfalls durch den Schlichtungsausschuß“. Die Beschlußfassung über diese Paragrafen wird zurückgestellt. Es wird hierauf der § 84, die Wahl der Gemeindebediensteten betraf, beraten. Von sozialdemokratischer Seite wird folgender Antrag gestellt: 1. Die Zahl der Gemeindebediensteten beträgt das dreifache der Zahl der Mitglieder des Gemeinderats, jedoch höchstens 84. 2. Wendet sich während der Amtsdauer der Gemeindebediensteten die Zahl der Gemeinderatsmitglieder, so wird die entsprechende neue Anzahl Gemeindebediensteter erst bei der nächsten ordentlichen Gemeindevollversammlung gewählt. Kom Minister wird erklärt, daß die Regierung aus ihren Vorlesagen im Entwurf festhalte. Ein Redner des Zentrums empfiehlt den Regierungsentwurf; von demokratischer Seite wird dem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, der angenommen wird. Die Beratung wird auf Mittwoch vertagt.

In der Nachmittags Sitzung wurde in die Beratung des Abchnittes VIII, von Gemeinden, welche aus mehreren Orten zusammengesetzt sind, eingetreten. Der § 94 wird nach einer unentschiedenen Beratung angenommen. Zu § 95 haben die sozialdemokratischen Vertreter den Antrag gestellt, daß der Bürgermeister in den Gesamtgemeinden durch die wahlberechtigten Einwohner zu wählen ist. Der Antrag wurde abgelehnt. Zu § 96 Abf. 1 wird von demokratischer Seite beantragt, daß bei diesen Gemeinden die Gemeindebediensteten und Gemeinderäte von der Gesamtheit der Wahlberechtigten, soweit durch Gemeindevollversammlung nichts anderes bestimmt ist, gewählt werden. Der Antrag wird angenommen. Der Abf. 2 wird gestrichen. § 97 wird unverändert angenommen. Die §§ 98, 99 und 100 werden nach einigen reaktionellen Veränderungen angenommen. Die §§ 101—104 werden unverändert angenommen. Abchnitt IX, von den abgeordneten Gemarungen, hierzu bestimmt der § 105, daß die abgeordneten Gemarungen bis zum 1. Januar 1924 durch Anordnung des Ministeriums des Innern mit benachbarten Gemeinden vereinigt werden sollen. Wird angenommen. Der letzte Abchnitt, Besondere Bestimmungen: Die §§ 106—110 werden nach einigen reaktionellen Veränderungen angenommen. Der § 111, der das Inkrafttreten des Gesetzes bestimmt, wird vorerst zurückgestellt. Die §§ 112 und 113 werden angenommen. Es wird hierauf der zurückgestellte § 71: die Rechtsverhältnisse der Gemeindebediensteten und Gemeindebediensteten betraf, beraten. Derselbe erhält nunmehr folgende Fassung:

1. Zur Entscheidung von Streitigkeiten, die sich zwischen einer Gemeindeverwaltung und einem Gemeindebediensteten aus dem Dienstverhältnis ergeben, werden Schlichtungsausschüsse gebildet, die aus Vertretern der Gemeinden und der Beamten als Vorgesetzter und einem Vorsitzenden bestehen. 2. Gegen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses steht beiden Parteien die Anrufung des Landeserschlichtungsausschusses offen, der vorbehaltlich der Bestimmungen des § 70 Abf. 8 endgültig entscheidet. Der Landeserschlichtungsausschuß besteht ebenfalls aus Vertretern der Gemeinden und der Beamten als Vorgesetzter und einem Vorsitzenden. 3. Die näheren Bestimmungen zum Vollzug dieser Bestimmungen, insbesondere über die Wahl der Gemeinde- und Beamtenvertreter, die Berufung der Vorsitzenden

Lichtenstein

Romanische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung.)

Dritter Teil

1. In Schwaben, wo dein Vater Herzog war, Wo ihn und dich ein lieberes Volk geliebt, Wo mancher jetzt auf seiner Feste haust, Der unter deinem Banner einst gekämpft, Dort muß von dir noch ein Gedächtnis sein, Dorthin sei unser irrer Pfad gelenkt, Des Schwarzwalds dichter Schatten nehm' uns auf, Ihland.

Wohl nie so schön hat ein Sommer über Württemberg gelegen als der des Jahres 1519. Das ganze Land hatte dem Bunde gehuldigt und meinte, es werde jetzt Ruhe haben. Aber jetzt erst zeigten die Bundesglieder deutlich, daß es nicht die Wiedereinnahme von Neutlingen gewesen sei, was sie aufzuziehen für ihre Mühe. Die einen wollten, man solle Württemberg unter sie teilen, die andern, man solle es an Oesterreich verkaufen, die dritten wollten es Herzogs Kinder erhalten, aber unter des Bundes Oberherrschaft. Sie stritten sich um den Besitz des Landes, auf das weder der eine noch der andere gerechte Ansprüche machen konnte. Das Land selbst war in Spaltung und Parteien. Es sollte die Kriegskosten beden, und doch war niemand da, der zahlen wollte. Die Ritterchaft hielt es für eine erwünschte Gelegenheit, sich ganz vom Lande loszulösen und sich für unabhängig zu erklären. Die Bürger und Bauern waren ausgezogen, ihre Felder waren verwüstet und gerietren, sie sahen nirgends eine Aussicht, sich zu erholen. Die Geistlichkeit wollte auch nicht allein bezahlen, und so war alles in Hader und Streit. Es ging auch vielen tief zu Herzen, daß ihr angeborener Fürst so schande behandelt worden war. Manchem kam jetzt, da der Herzog fern von dem Lande seiner Väter in Verbannung hauste, Neue und Sehnsucht an. Sie verglichen sein Regiment mit dem jetzigen. Es war nicht besser, wohl aber schlimmer geworden. Aber sie lebten unter so hartem Zwang, als daß sie ihre Schmerzen hätten offenbaren können.

Der Regentenschaft des Bundes entging diese Unzufriedenheit des Volkes nicht; sie mußte, wie sich in alten Berichten findet, „manche seltsame und böse Rede“ hören. Sie suchte

durch geschärfte Strenge die Anhänglichkeit zu erwerben; sie streute Klagen über den Herzog aus. Man gehoi den Priestern, gegen ihn zu predigen; wer von ihm Gutes rede, sollte gefangen werden, wer ihn feindsig unterstützte, sollte der Augen beraubt, sogar enthauptet werden.

Aber Ulrich hatte noch treue Leute unter dem Landvolk, die ihm auf geheimen Wegen Kunde brachten, wie es in Württemberg stiehe. Er sah in seiner Grafschaft Mumpelgard und barnte dort mit den Männern, die ihm ins Unglück gefolgt waren, auf günstige Gelegenheit, in sein Land zu kommen. Er schrieb an viele Fürsten, er beschorne sie, ihm zu Hilfe zu kommen. Aber keiner nahm sich seiner tätig an. Er schrieb an die zur Kaiserwahl versammelten Kurfürsten — er halfen nicht. Das einzige, was sie taten, war, dem neuen Kaiser in seiner Kapitation eine Klausel anzuhängen, die Württemberg und den Herzog betraf, — er hat sie nicht geacht. Als sich der Herzog von aller Welt also verlassen sah, wandte er dennoch nicht, sondern setzte alles daran, sein Land mit eigener Macht wieder zu erobern. Es waren einige Umstände, die für ihn sehr günstig schienen. Der Bund hatte nämlich, als er Kunde bekam, daß sich niemand des Vertriebenen annehmen wollte, seine Vöster entlassen. Die meisten Städte und Burgen behielten nur sehr schwache Besatzungen, und selbst in Stuttgart waren nur wenige Fähnlein Anechte gelassen worden.

Durch diese Maßregel aber hatte sich der Bund einen Feind erworben, den man gering schätzte, der aber viel zur Herabsetzung der Dinge beitrug, — es waren dies die Landtsnechte. Diese Menschen, aus allen Enden und Orten des Reiches zusammengelaufen, boten gewöhnlich dem ihre Hilfe an, der sie am besten gahle; für was und gegen wen sie kämpften, war ihnen gleichgültig. Um sie zu halten, mußte man ihnen vieles nachsehen, und Raub, Mord, Plünderung, Brandschäden führten sie auf ihre eigene Faust aus, um sich zu entschädigen, wenn sie den Sold nicht richtig bekamen. Georg von Frundsberg war der erste gewesen, der sie durch sein Unsehen im Heere, durch lässliche Lehungen und unerbilligke Strenge, einermachen im Raum hielt. Er hatte sie in regelmäßige Hotten und Fähnlein eingeteilt, er hatte ihnen bestimmte Hauptleute gegeben, er hatte sie gekleidet, geordnet und in Reihen und in Gliedern zu setzen. Sie zeigten aber jetzt, daß sie aus einer guten Schule kamen; denn als sie vom Bund entlassen waren, ließen sie nicht, wie früher, zerstreut durch das Land, um Dienste zu suchen, sondern rotteten sich zusammen, richteten zwölf Fähnlein auf, erwählten aus ihrer Mitte Hauptleute, und selbst einen Obersten in der Person des

langen Peters. Sie waren schwierig auf den Bund, nahrien sich von Raub und Beandichungen im Land und führten Krieg auf eigene Rechnung. Die Anarchie war in Württemberg so groß, daß ihnen niemand die Spitze bot. Der Bund hatte sich von Streitkräften entsetzt und war zu sehr mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt, als daß er das arme Land von dieser Bande befreit hätte. Die Miltierschaft war uneinig, sie sahen auf den Schwörern und sahen ruhig diesem Treiben zu; die Besatzung der Städte war zu gering, um ihnen mit Kraft Einhalt zu tun, und Bürger und Bauern sahen sogar diesen Haufen gerne, wenn seine Forderungen nur nicht allzu groß waren, denn die Landtsnechte kämpften willig auf den Bund, dem niemand hold war. Ja es ging sogar die Sage, diese Kriegsmänner seien nicht abgeneigt, dem Herzog wieder zu seinem Land zu verhelfen.

Es war ein schöner Morgen in der Mitte des August, als sich diese Leute in einem Wiesentale gelagert hatten, das der Grenze von Baden zunächst gelegen war. Die riesigen schwarzen Tannen und Böden, die das Tal auf drei Seiten umschlossen, gehörten noch dem Schwarzwald an, und das Hühner, das durch das Tal eilte, war die Wurm. Halb überschattet vom Wald, halb in den Weidenbüschen des Tales verdeckt, lag das kleine Heer in wunderlichen Gruppen und pflegte der Ruhe. In der Entfernung von zweihundert Schritten sah man Böden aufgestellt, deren blühende Lanzen oder rotblühende Funten schon von weitem Furcht einflößten. In der Mitte des Tales, im Schatten einer Eiche, saßen fünf Männer um einen aufgespannten Mantel, den sie als Tisch gebrauchten, um ein Spiel auf ihm zu spielen, das heute noch den Namen Zehnnecht führt. Diese Männer zitterten sich vor ihren übrigen Gemeinen durch breite rote Binden aus, die sie über die Schulter und Brust herabhängen hatten, sonst aber hatte ihre Kleidung aus das zerlitzte und weiche Leinwand aus dem der übrigen Soldateske. Einige hatten Sturmhäuben auf, andere große Plümbü, mit eisernen Wänden versehen, dazu Lederfeller, welche von Hosen, Staut und Wivis alle möglichen Beschützungen erhielten.

Bei näherem Blick erkannte man übrigens noch zwei Dinge, durch welche sie sich von ihren Kameraden unterschieden. Sie führten nämlich keine Donnerbüchsen oder Spieß, wie sie die Landtsnechte gewöhnlich trugen, sondern Handbögen von ungemainer Länge und Breite. Auch hatten sie, wie es damals die Edelleute und Anführer trugen, auf ihrem Hüften und Sturmhäuben harte, wallende Federbüschel aus Hahenschwänzen, um sich ein ritterliches Ansehen zu geben. (Fortsetzung folgt.)

Sozialismus und Streikrecht

hen, die Abgrenzung der Dienstbezirke, den Geschäftsgang und das Kostenwesen werden durch Verordnung des Ministeriums des Innern getroffen. Bei der Entscheidung müssen je 3 der in Abs. 1 und 2 bezeichneten Vertreter mitwirken. — 4. Auf Streitigkeiten bei Ausübung des Dienststreikrechts finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Der § 76, die Auflösung des Bürgerausschusses betr., erhält folgende Fassung: 1. Auf Antrag eines Drittels der bei der letzten Gemeindeverordnetenwahl Wahlberechtigten kann durch Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit aller Wahlberechtigten die Auflösung des Bürgerausschusses herbeigeführt werden. — Ebenso kann der Bürgerausschuss einer Gemeinde auf Antrag des Ministeriums des Innern durch Ausschließung des Staatsministeriums aufgelöst werden, wenn seine Dienstführung das Wohl des Staates oder der Gemeinde in schwerer Weise schädigt oder gefährdet. Darüber, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, kann gegen die vorläufige Entscheidung des Ministeriums des Innern Klage beim Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Wird innerhalb der Frist Klage nicht erhoben, oder die Klage abgewiesen, so kann die Auflösung des Bürgerausschusses durch das Staatsministerium ausgesprochen werden. Aus dem gleichen Anlaß kann nur eine Auflösung erfolgen. — 3. Auf die Bürgermeisterei erstreckt sich die Auflösung des Bürgerausschusses nicht. 4. Die Neuwahl der Gemeindeverordneten hat binnen 8 Monaten zu erfolgen; sie ist durch das Ministerium des Innern zu beantragen, das auch die für die Weiterverwaltung der Gemeinde in der Zwischenzeit erforderlichen Anordnungen trifft. Die Neuwahlen beruhen ihr Amt nur bis zur nächsten ordentlichen Erneuerungswahl.

Deutschnationale Hebe unter demokratischer Flagge

Allen Anfragen zum Troß hat die „Badische Landeszeitung“ immer noch nicht klar heraus gesagt, zu welcher politischen Richtung sie sich eigentlich zählt. Ihrer ganzen Aufmachung nach, insbesondere aber der seit Eintritt des Herrn Dr. Fröde in die Redaktion dieses Blattes unternommene Versuch, die sozialdemokratischen Mitarbeiter der Regierung aus dieser herauszuweisen, läßt mit Sicherheit auf die politische Richtung des genannten Blattes schließen. Nach außen zählt man sich zur Demokratie, in seinem Innern aber fühlt man sich als Deutschnational. In der Bekämpfung der Koalition sieht das Blatt nicht hinter der „Süddeutschen Zeitung“, auch nicht hinter der „Badischen Post“ zurück. Jedoch allein bekämpft das Blatt aber keine Farbe, es zählt sich zur Demokratie, um von dieser Plattform aus die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der praktischen Politik des Landes desto nachdrücklicher bekämpfen zu können. Zeitweise jedoch es hierbei nicht vor Gemeinheiten und Äußerungen zurück. Ueberhebung und Großmännlichkeit ist das Banner dieses Blattes. Monate hindurch hat es den Minister des Innern, Herrn Dietrich, seinen Goldankel, als einen wichtigen Mann im Lande verheimlicht und nebenher den Minister des Innern in einer Art belächelt, aus der man die Absicht sehr wohl verstehen konnte. Der „Badischen Landeszeitung“ ist es eben ein Greuel, daß es in Baden nicht schon so weit ist wie in Bayern und Württemberg, wo die bürgerlichen Parteien allein das Ruder der Regierung in Händen halten. In Nr. 37 der „Badischen Landeszeitung“ geht bereits zur Genüge hervor, wie man sich freut darüber, weil innerhalb der Sozialdemokratie in Baden die Forderung zum Austritt ihrer Vertreter aus der Regierung erhoben worden ist. Man sieht, die Extremen im eigenen Lande berühren sich mit jenen im Lager der Feinde.

Am Samstag ließ das deutschnationale, aber angeblich demokratische Blatt die Frage aus dem Saal, indem es in einer Polemik gegen den Staatsanzeiger der Regierung den Vorwurf macht, daß sie sich nicht wundern dürfe, wenn die Bauern angesichts der Haltung der „Karlsruher Zeitung“ keine Kartoffeln in die Städte liefern. Um diese Behauptung aufzustellen zu können, und insbesondere den demokratischen Mitgliedern der Regierung eine Güterchau machen zu können, produziert das Blatt zunächst wieder eine allgemeine Lüge. Es behauptet, erfahren zu haben, in einem Gemeinderat hätten Mitglieder desselben erklärt, nach der Haltung der „Karlsruher Zeitung“ zu schließen, müsse in Karlsruhe die ganze Regierung unter sozialdemokratischem Kommando stehen; einer Regierung, die demnach sozialistische Agitation treibe, bringe man keine Sympathien entgegen. Angefichts dieser gemachten Erfahrungen wundert sich die „Badische Landeszeitung“ nicht mehr, warum die landwirtschaftliche Bevölkerung in der Ablieferung von Kartoffeln zurückbleibe. Die Gemeinheit in dieser Erzählung ist die bürgerliche Bevölkerung gegen die sozialistischen Mitglieder in der Regierung mobil zu machen. Dem Ziel und der Absicht, von der Industrie und ein Teil der Bauern erfasst ist, sollen aus ein moralisches Mäntelchen umgehängt werden. Krieg und Revolutionsgewinnler in der Landwirtschaft will Herr Fröde beden, indem er ihnen für ihr von Geiz diktiertem Verhalten politische Moiré unterzuspielen versucht. Die Arbeiter in

Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz lebenswichtiger Betriebe gegen wilde Streiks erinnert rechtzeitig daran, daß es einen Punkt gibt, an dem die sozialistische Entwicklung und das unbeschränkte Streikrecht feindlich aufeinanderstoßen.

Das Streikrecht ist für die Arbeiter die unentbehrliche Ergänzung der kapitalistischen Wirtschaft. Wo der Profit entscheidet, und die Arbeitskraft auf dem Markt nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage gekauft wird, da ist die gewerkschaftliche Regulierung des Angebots eine Notwendigkeit, wenn nicht die Ware Arbeitskraft bei ungünstiger Konjunktur unter dem Erzeugniswert, d. h. unter das Mindestmaß dessen herabsinken soll, das zu ihrer Wiederherstellung notwendig ist. Das Streikrecht ist in der kapitalistischen Gesellschaft die Versicherung der Arbeiter gegen den Unnützlich.

Es ist gar nicht auszuwenden, zu welcher Tiefe des Elends und der Anarchität die Arbeiterklasse herabgesunken wäre ohne den gewerkschaftlichen Schutz gegen allzu große Not und Erniedrigung. Die Gewerkschaften können diese Funktion des Schutzes aber nur dann ausüben, wenn ihre letzte Waffe, die des Streiks, blank in ihrer Kistenschublade bleibt. Darum die Empfindlichkeit aller denkenden Arbeiter gegen jede Einschränkung des Streikrechts, daher ihre Sorge, daß jeder erste Schritt auf diesem Wege zu unabsehbaren Konsequenzen führen könnte.

Auf der anderen Seite steht das Ideal einer sozialistischen Gesellschaft, in der die menschliche Arbeitskraft ausgeübt hat, Ware auf dem Markt und Objekt der Ausbeutung zu sein, in der nach dem ordnenden Willen der arbeitenden Allgemeinheit alle einander entgegenstehenden Interessen ihren gerechten Ausgleich finden. Hier herrscht nicht mehr der Kampf aller gegen alle, sondern die Mitarbeit aller mit allen, hier kann der Interessenausgleich nicht mehr durch die Kraftprobe des Streiks, sondern nur durch gerechten Schiedspruch erfolgen.

Stellen wir uns theoretisch den Fall vor, in einer solchen Gesellschaft würde eine bestimmte Arbeiterkategorie ihre besonders wichtige Stellung in der Produktion dazu benützen, durch organisierte Arbeitsverweigerung besondere Vorteile für sich zum Schaden der Allgemeinheit zu erzwingen. Die Gesellschaft müßte sich gegen sie auflehnen und die Störer der sozialen Ordnung in ihre Schranken weisen.

Das Problem wäre sehr einfach, wenn es ein Datum gäbe, mit dem die kapitalistische Gesellschaft aufhöre und die sozialistische beginnt. Wir aber wissen, daß der Übergang von der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen ein allmählicher Umstellungsprozess ist. Der Verfasser einer zukünftigen Wirtschaftsoekonomie wird wahrscheinlich den gegenwärtigen Zustand der deutschen Wirtschaft als einen Übergangszustand bezeichnen, in dem die Anfänge der sozialistischen Wirtschaft schon deutlich sichtbar waren. Solange dieser Übergangszustand dauert, lassen sich gewisse Einschränkungen der Streikfreiheit aus sozialistischen Gesichtspunkten rechtfertigen, während sie auf gewerkschaftlicher Seite wegen des vorliegenden Uebelstandes der kapitalistischen Wirtschaftsform noch als Gefahr empfunden werden.

Die Verordnung des Reichspräsidenten geht von dem Grundsatz aus, daß die Arbeiter lebenswichtiger Betriebe, die bei uns zumeist schon in den Gemeinbesitz überführt sind, nicht durch überraschende Arbeitseinstellungen einen unzulässigen Druck auf die Gesamtheit ausüben dürfen. Dieser Grundsatz ist zu rechtfertigen, es ist aber auf der anderen Seite auch zu bedenken, daß unter den gegenwärtigen traurigen Umständen das Streben der Arbeiter nach verbesserter Lebenshaltung mehr denn je verständlich ist.

Die Verordnung des Reichspräsidenten sucht den gerechten Ausgleich zu finden, indem sie — dies ist doch der eigentliche Kern der Sache — den Reichsminister des Innern zum entscheidenden Faktor eines für beide Seiten verbindlichen Schiedsgerichts macht. Ist in Gas, Wasser- oder Elektrizitätswerken ein Streik nach gewerkschaftlichen Regeln und nach Ablehnung des Schiedsgerichts erster Instanz ausgebrochen, dann kann der Reichsminister diesen Streik beendigen, indem er den Arbeitgeber, d. h. in der Regel die Gemeinde, veranlaßt, durch Erfüllung der Arbeiterforderungen den Streik zu beenden, oder aber indem er die Forderungen der Streikenden ablehnt und die Inangabe des Betriebes durchsetzt, äußerstenfalls gegen den Willen der Streikenden durchsetzt.

Es kommt also alles darauf an, in welchem Geiste die Anwendung der Verordnung erfolgt, mit anderen Worten, welcher Geist im Reichsministerium des Innern herrscht. Wieder einmal wird den Arbeitern die große Bedeutung des Streiks der politischen Macht klar vor Augen geführt. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob die Machtsbefugnisse eines Reichsministers des Innern von einem Manne ausgeübt werden, der etwa bei seinen Entscheidungen auf das Interesse der Privatindustrie an niedrigen Löhnen Rücksicht nimmt oder aber von einem Manne, der von wahrhaft sozialistischen Gesinnungen beherrscht wird.

Dann kommt es aber darauf an, daß aus dem ersten Schritt zur Einschränkung der Streikfreiheit keine weiteren Konsequenzen gezogen werden, die die gesamte Arbeiterklasse einstimmlig ablehnen müßte. Auf keinen Fall darf das Privateigentum auf dem Wege, der da geöffnet worden ist, seinen eigenen Vorteil finden, darf ein weiterer Ausbau des Schiedsgerichtswesens in einer Weise erfolgen, durch die die Stellung des privatkapitalistischen Unternehmertums gegenüber den Arbeitern gefährdet wird.

Unter diesen Voraussetzungen wird man die Verordnung des Reichspräsidenten passieren lassen dürfen. Sie ist das Kind einer Zwangslage, die durch das zerstörende Treiben der kommunistisch-fundamentalistischen Agitation geschaffen worden ist. Am besten wird es sein, wenn sie mit dieser Zwangslage selbst sobald wie möglich wieder verschwinden kann, wenn die Selbstachtung der Arbeiter, ihre Einsicht in die gegebenen Notwendigkeiten, ihre wahrhaft sozialistische Hinneigung an die Allgemeinheit jeden staatlichen Zwang unnötig macht.

Uns dünkt, daß es höchste Zeit ist, für die „Badische Landeszeitung“ sowie für die Demokratische Partei, klare Farbe zu bekennen, damit die politische Luft wieder rein wird von dem Gestank der Niederträchtigkeit und der Gemeinheit.

Bericht des Bezirksvorstandes für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920

IV. Frauenbewegung
Die Frauenbewegung hat im Verhältnis zur Familienorganisation nicht Schritt gehalten, obwohl im Geschäftsbereich häufiger Frauenvereine entstanden sind. Es hat sich auch hier gezeigt, daß Mitglieder nicht allein mehr durch öffentliche Versammlungen zu gewinnen sind und daß nur eine planmäßige Hausagitation bessere Erfolge verspricht. Hier fehlt bei den Frauen noch sehr viel, was allmählich besser werden muß. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am 31. März 1920 5847 gegenüber 6616 vom 1. April 1919, so daß die Vermehrung nur 201 betrug.

Jugendbewegung
Böhm unbefriedigend ist der Stand unserer Jugendbewegung. Sie litt am meisten unter dem Kriege, indem die Leiter mehrere Jahre Kriegsdienste leisten mußten und Ersatz für sie nicht zu beschaffen war. Im Vertriebsjahr nahm die wilde politische Gärung die Kräfte der Partei anderweitig in Anspruch, so daß für die Jugendbewegung zu wenig Zeit betrandt werden konnte. Subjektivismus erfasst, versuchten ihre großen Philosophen Welt und Gott aus sich selbst heraus zu verstehen. Alle diese Gedanken und Prinzipien spiegeln sich in ihrer Kunst. In der Dichtung ist erfüllt von künstlerischem Empfinden. In der bildenden Kunst ist dies noch mehr verdeutlicht. Kunst und Wille zur Kunst ist Volkswille, nur die Konzeption wird aus dem Einzelnen hervorgehoben. Der Künstler steht bei den Griechen in mitten seines Volkes, nicht außerhalb wie heute. Der Grieche errichtet seinen Tempel nicht, entgegen aller sonstigen kirchlichen Bauten anderer Völker, um viele Menschen darin aufzunehmen, sondern mehr als Erinnerungsgedächtnis an die Gottheit, als Dokument. Er steht meistens über der Stadt — „Akropolis“. Er ist mit dem Boden gleichsam fest verankert, seine Säulen wachsen langsam in die Höhe, sein Giebel weist zum Himmel und so steht dieses horizontalgebäude als Ausdruck des damaligen Zeitgeistes vor uns.

Im Menschen wird das Ziel aller Dinge gesehen. Die griechische Plastik nimmt den Menschen als Ausdrucksform für die Götter. Es zeigt sich auch hierin der freie Geist des Griechen, der dies eine gewisse, gewissermaßen reale Verhältnis zu seiner Gottheit sich gebildet hat. Körper- und Lebenskultur und Wissenschaft stehen auf hoher Stufe, hohe sittliche Ideale sind vorhanden. Die Plastik wird idealisiert, bildet den Höherwert der Sittlichkeit. Der ganze Zeitgeist befruchtet die Kunst, leitet zu ihr hinüber. Vollkommenes wird angestrebt, wird erreicht. Die griechische Plastik verbindet absolute Schönheit mit menschlichem Empfinden. Sie vereint die klassische Form mit der Natur und zeitigt dadurch den Idealismus.

Die Verheerungen des Spaltpilzes

Ein Rückblick aus dem Jahre 1920 von Ferdinand Adlberger
Der Spaltpilz in der Arbeiterkammer, der hatte sich prächtig entwickelt. Um neunzehnhundertundzwanzig war die ganze Bewegung zerfallen. Der sozialen Parteien gab's Dreihundertundvierundachtzig. Der Kapitalist rief die Hände mit Lust und lachte: „Die Sache macht sich!“ Es splitteten stets von der älteren Partei nach links die Radikalen, bekämpften blühwütend die Brüder von rechts, Insofernheit bei den Wahlen. Doch die neuen Parteien zersplitzten alsbald in linke und rechte Flügel. Die Spaltungen wurden fortgesetzt, Und manchmal gab's dabei Prügel. Innae klein war der Gruppen Anhängerschaft, Denn schwierig war ihre Gewinnung, Jedoch sie erzielten die fehlende Zahl Durch Festigkeit der Gewinnung. Im Schimpfen war groß der Separatismus Und ach, bald hieß ein jeder, Der früher Genosse und Bruder war, Ein „Schuft“ und ein „Verräter“. Auf der schiefen Ebene der Negation Da gab's für die meisten kein Halten: Es lag im Prinzip der Zutragens, Sich immer weiter zu spalten. Zuletzt bestand die linke Partei Aus einem einzigen Genossen, Der hatte alle, die andere Sinns, Als „Verräter“ ausgeschloßen. Er war es, der's mit der Arbeiterkammer Am besten und redlichsten meinte, Indem er das Arbeiten für ihr Wohl Grundfähig bemied und berneigte. Er war bewußt — und rühmte sich daß — Der Unfruchtbar-Radikalste, Am meisten der Wirklichkeit abgewandt, Sein Sinn war der idealste.

Einmal schrieb er sich einen Parteitag aus, Mit der Welt seine Kräfte zu messen, Da siehe, es zeigte auch dieser Mensch Sich schon dem Spaltpilz zerfressen! Er war in mander Frone bei sich Oft selber gedoppelter Meinung. Die eine war milder, die andere scharf. — Unmöglich solten ihre Vereinnung. Da geschah ein Wunder; wer hätte gedacht, Daß dazu der Spaltpilz es bräute: Der Mann schied in zwei Hälften sich, Eine linke und eine rechte! Die feindlichen Dämonen kritten noch fort Und kamen sich groß in die Haare, Bis endlich der Totenrüber vergnügt Sie legte auf eine Bahre. Und über dem Grabe tanzten entzückt Und machten verächtliche Gesten, Der Kapitalist und der Militarist, Und das ganze Rückwärts-Gelächter.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Kunst und Zeitgeist
Lezte Woche begann im großen Marktsaal der jenseitig Donnerstag abends stattfindende Vortragsreihe des Professors Dr. Segmiller, Vortragsreihe über Kunst und Zeitgeist. Der sehr gute Besuch bewies, daß auch diesen Vorträgen das gleiche Interesse wie den vorjährigen entgegengebracht wird. Der erste Abend war der Kunst Griechenlands gewidmet.
Der Vortragende beruht es, in klar geordneter, fasslicher Weise ins Gebiet der Kunst, und zwar diesmal in deren Zusammenhang mit dem jeweils herrschenden Zeitgeist einzuführen. Während in Athen und im Orient das Lebensideal noch in Anlehnung unter weltlicher Herrschaft und Religion bestand, fühlten sich die Griechen zuerst als freie Staatsbürger. Sie hatten Selbstbewußtsein, bestimmten im Staate mit, sich allerdings dem Gemeinwohl des alten Hellas unterordnend. Einen freien Standpunkt nahmen sie auch zur Religion ein. Ihre Götter betrachteten sie als Freunde, Berater, die gegebenen Falles ihnen persönlich beistanden, mit ihnen verkehrten. Es war nichts mehr von asiatischer oder orientalischer Abhängigkeit in ihrem Denken, sondern Freiheit.

Die Vorleser Städtischer. Eine eigenartige Kunstschöpfung bietet die vor einigen Tagen erschienene Mappe Vorleser Städtischer von der Hand des Malers-Malerer Carl Rabitz. Klare Impressionen, die durch die ausgeprägte künstlerische Auffassung und hervorragende technische Ausführung aus dem Rahmen des Mittelmäßigen fallen, zeugen von dem feinkinnigen Empfinden des jungen einheimischen Künstlers. Neben einigen neuzeitlichen Motiven sind besonders die Alt-Vorlesermer Tante der Vorlesermer Markgrafenzeit vorzüglich wiedergegeben. Das Werk erscheint im Kunsttag Fritz Vogl (Griffels Kunststättchen).

Eine Reichshauptkonferenz für das technische Sachwesen? Von unterrichteter Seite wird den P.P.M. geschriben: Die Ver-

... dem A. d. B. auch fernerhin eine gute Entwidlung. ... der A. d. B. gedachte jedoch noch mit warmen Worten der ... grünen Asten ...

Vobenerform oder Volkseigenheit? Anlässlich der ... des Bundes der Vobenerformer fand am Samstagabend im ... Rathhausaal eine öffentliche Versammlung statt, ... von Herrn Ministerialrat Dr. Fuchs mit herzlichen Worten ... Begrüßung eröffnet wurde. Er gab der Genugtuung Aus ... über die Erfolge, die der Bund deutscher Vobenerformer seit ... letzten Versammlung durch seine intensive Tätigkeit errungen ... hat. Im § 14 der badischen Verfassung sowie im § 155 der ... Verfassung seien Teile des Programms der Vobenerformer ...

... nach einem kurzen Hinweis auch auf andere ... der Bewegung erziele er jedoch dem Rechner des Abends ... Stadtpfarrer Kreuzer-Freiburg das Wort zu seinem ... Vortrag über „Vobenerform oder Volkseigenheit?“ ... Kreuzer hielt schon seit langen Jahren mitten in dieser ... Bewegung und verfügt über reiche Erfahrungen, die er in glücklicher ... verständlicher Weise seinen zahlreichen Zuhörern zu ver ... stehen verstand. Der Rechner schilderte die unzulässigen Zustände ... dem Gebiete der Bodenpolitik und des Wohnungswesens. Wir ... können es nicht ertragen, meinte er das kausale und aber ... keine Wohnung an Wohnraum haben, während andere einen ...

Abendliches Landestheater-Direktor. Auf das heute abend im ... Landestheater stattfindende Sonder-Sinfoniekonzert, ... unter Leitung von General-Musikdirektor Fritz Busch, ...

Kassensystem. Peter Brang mit Gesellschaft wird ab heute ... Montag den 15. November und folgende Tage, jeweils abends ...

Polizeibericht vom 15. Nov. Automobilunfall. Am Samstag ... nachmittags wurde ein Spengler von hier, als er mit seinem ...

Polizeibericht vom 15. Nov. Automobilunfall. Am Samstag ... nachmittags wurde ein Spengler von hier, als er mit seinem ...

Jugend und Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Große Erfolge des Karlsruher Wasserportvereins. Bei ... gestern in Heidelberg von dortigen Kreis-Wasser ...

Freizeitspiel Hohenwettersbach - Volkshausweier 2:0. Das ... fand in Hue statt und setzte zu Anfang gleich ein lebhaftes ...

Fußballspiel Spöck - Hebdolheim 5:2. Auf dem Sportplatz des freien Spiels und Sportklub Spöck ...

Dramentendungsfeier und Reichsnostopfer

Berlin, 14. Nov. Der Reichsrat hat heute den Ges ...

Weitere Sportveranstaltungen

Eisabspiel. Verein f. Bewegungsspiele gegen F.B. Weierheim ...

Kranonia - Südbären 5:1. Obige Gegner trafen sich ... am gestrigen Sonntag auf dem Südbärenplatz zum fünften ...

Kleine Nachrichten

Berlin. Das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die ...

Berlin. Auf Veranlassung des Hansabundes hat eine ...

München i. B. Die hiesige Polizei verhaftete den ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der ganze ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der ganze ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der ganze ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der ganze ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der ganze ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der ganze ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der ganze ...

Rechte Nachrichten

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands

Berlin, 13. Nov. Im Hauptauschuss des Reichstags be ...

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz gab in kurzen Jü ...

Dr. Scholz gab in kurzen Jüngen einen Überblick über die ...

Dr. Scholz gab in kurzen Jüngen einen Überblick über die ...

Dr. Scholz gab in kurzen Jüngen einen Überblick über die ...

Dr. Scholz gab in kurzen Jüngen einen Überblick über die ...

Dr. Scholz gab in kurzen Jüngen einen Überblick über die ...

den Vorkauf zur beschleunigten Erhebung des Reichs-

notopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszu ...

Kompromiß zwischen Sozialisten und Liberalen in Belgien

Berlin, 14. Nov. Nach einer Meldung der „Deutschen ...

Bedrohung Deutschlands durch die Polen?

Berlin, 14. Nov. Nach einer Meldung der „Deutschen ...

Wragels Niederlage

Paris, 14. Nov. In den Ereignissen in der Arm ...

Valuta-Bericht vom 13. November

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 7.60. Aus ...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-

wetterwarte vom 15. November 1920

Ein kräftiger Tiefdruckwirbel breitet sich jetzt von We ...

Wasserstand des Rheins

Saarlautern 49 Zm., gef. 1 Zm.; Kehl 137 Zm., gef. 8 ...

Briefkasten der Redaktion.

Die Zeitung der Tage. Der Einhaber des Artikels vor ...

Offenburg. Brief erreichte am Samstag nachmittag. Ab ...

Schiffahrt. Gewerkschaften. Verantwortlich für Ar ...

Standesbuchsätze der Stadt Karlsruhe

Geburten. Karl Joh von hier, Raler hier, mit Ver ...

Geburten. Karl Joh von hier, Raler hier, mit Ver ...

Geburten. Karl Joh von hier, Raler hier, mit Ver ...

Geburten. Karl Joh von hier, Raler hier, mit Ver ...

Geburten. Karl Joh von hier, Raler hier, mit Ver ...

Geburten. Karl Joh von hier, Raler hier, mit Ver ...

